

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
und die Anzeiger des Erzgebirges
ausgegeben - Druckerei
Sachsen - Anzeiger Nr. 22.

Veröffentlichung des Anzeigers
ausgegeben - Druckerei
Sachsen - Anzeiger Nr. 22.

Telegraphische Anzeiger, Entsendung der amtlichen Bekanntmachungen des Rates des Stadt und des Amtsgerichts aus. Postfach-Nr. 1000

Nr. 54

Dienstag, den 4. März 1924

19. Jahrgang

Arbeiter und Kriegsfolgen.

Der englische Historiker und Nationalökonom Professor Hall veröffentlicht in den „Foreign Affairs“ einen bemerkenswerten Aufsatz: „Kann die britische Arbeiterregierung die arbeitenden Klassen Deutschlands retten?“, aus dem wir hier folgende Zitate entnehmen.

Ich finde bei uns in England einen erstaunlichen Mangel an Kenntnis und Verständnis für die wirkliche Struktur und die lebendige Organisation des Vorkriegs-Deutschlands, welches bei all seinen Fehlern viele große Tugenden hatte, und welches eine verirrte britische Diplomatie zugunsten des französischen Nationalismus und des russischen Bolschewismus hat zerstören lassen.

Der hauptsächlichste Faktor im Leben einer Nation ist ihre wirtschaftliche Struktur. Die innere Struktur des deutschen wirtschaftlichen Lebens hatte eine solche Bedeutung für die Welt der arbeitenden Klassen, daß sein Umsturz durch die übermächtige Masse der gemäßigten Kräfte eine Tragödie darstellte, größer und ebenso brutal als die Unterdrückung der Bauern zur Zeit Luther's. Deutschlands Reichsregierung war, selbstredend, nicht demokratisch. Es gibt überhaupt auf der ganzen Welt keine demokratische Regierung! Selbst die Schweiz ist keine reine Demokratie, denn die Voraussetzung für jede reine Demokratie wäre etwas wie wirtschaftliche Gleichheit aller einzelnen, was es nirgends gibt. So kam es, daß in Deutschland alle Klassen auf den Staat, als den gegebenen Vermittler zwischen allen streitenden Interessen blickten; und jeder denkende Deutsche wußte, daß nur auf einer gesunden Basis des Kompromisses ein gesundes nationales Leben von dem so viel abhängt, möglich war. Was die britischen Arbeiter verlangen, hatten die deutschen Arbeiter erreicht. Darüber hinaus, trotz vieler Fehler, war Deutschland im allgemeinen in Wirklichkeit der demokratischste Staat, außer der Schweiz, in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Verbellung des Eigentums, obgleich auch nicht ideal, war mellenweit anderen Ländern, wie England, Amerika oder Frankreich, voraus. Auch politisch war die Verteilung der Macht genügend gleichmäßig und gesund.

Der gegenwärtige Triumph des französischen Kapitalismus bedroht alles, was die Arbeiter der ganzen Welt in zwei Generationen errangen haben. Auch das Wesen des englischen Industrialismus ist schon für den Konflikt mit der Arbeiterregierung gefährdet. Ihre Hoffnung ist diesbezüglich nicht vergebens, daß die billige Arbeitskraft eines desorganisierten Deutschland sehr nützlich werden kann, um die Lebensbedingungen des englischen und amerikanischen Arbeiters herabzudrücken. Am schwersten täuschte sich die deutsche Sozialdemokratie selbst. Es gibt auch heute noch in Deutschland Leute so unwissend, so dumm, so weltfremd, daß sie immer noch versuchen zu glauben, der Krieg sei für die Demokratie geschehen. Das heißt, Hall bezweifelt, daß demokratische, besser vielmehr sozialistische Tendenzen durch den Krieg im Keim zerstört worden sind. (Hed.) Daß Arbeiter in Amerika und England gelegentlich noch so denken, ist ja erstaunlich genug, aber es ist doch fast unglaublich, daß so ungebildete Personen auch heute noch in Deutschland zu finden sind.

Was die Sozialdemokratie betrifft, so ist sie in der Auflösung. Auf sie schiebt man die Schuld aller niedrigen Handlungen, die die floppigen Nationen begangen haben. Man verwünscht sie im Hause ihrer früheren Freunde wegen ihrer Einnahme. Diese sagen: „Ihr habt uns mit falschen Hoffnungen auf internationale Gerechtigkeit betrogen. Ihr habt die Ehre der Nation weggeschleudert. Ihr seid dem amerikanischen und britischen Kapitalismus mit seinen vierzehn Punkten ins Garn gegangen. Auf Euch fällt die Schuld unserer bedingungslosen Unterwerfung.“ Und diese Vorwürfe kommen nicht von Jüdinnen und Reaktionsären, sondern von Handwerker, Arbeitern, Tagelöhnern, welche sich in bitterer Verzweiflung von den sozialen Reformprojekten abwenden. Es wird Generationen dauern, bis die Sozialdemokratie wieder da steht, wo sie stand - wenn sie überhaupt so wieder den verlorenen Boden gewinnt!

Im Unterhaus erklärte MacDonald, der gegenwärtige Außenminister sei für Schritte zur Einberufung einer internationalen Abrüstungskonferenz nicht geeignet.

Der Dollar notierte gestern nachschlüssig in Paris 24,48, das Pfund 104,95.

Die Nationalversammlung in London hat den Vorschlag betreffend Absetzung des Kaisers und Abkündigung des Kaiserthums angenommen.

Die Rede des Reichspräsidenten zur Pfalz-Kundgebung in Mannheim.

Aus den Ansprachen v. Anillings und Hofles.

Zur Mannheimer Pressekonferenz, wo Chefredakteur Scheel-Mannheim die Begrüßungsrede hielt, ergriff auch der Reichspräsident Ebert das Wort, wie wir schon gestern kurz berichteten. Der Reichspräsident dankte zunächst für die freundlichen Worte des Willkommen und fuhr dann fort:

Die Augen Deutschlands, ja - ich kann es mit Bestimmtheit sagen - die Augen der gesamten Kulturwelt, soweit ihr Wohlgefühl und Menschenrechte mehr sind als Wortgebilde, ruhen seit Wochen auf den deutschen Landen am Rhein, insbesondere auf der Pfalz, die unter dem Druck fremder militärischer Besatzung zur Erreichung alter machtpolitischer Ziele einem bewaffneten und gebundenen Gesindel überlassen worden ist. Von dessen Gemeinschaft und Geselligkeit sich jeder anständige Pfälzer fernhielt. Die Hoffnung, daß es gelingen werde, durch eine Handvoll abelbelebender, zum erheblichen Teile landfremder, ja ausländischer Elemente, die bis aufs Blut gequälte Bevölkerung zur Abgabe an Heimat und Reich zur Lösung tausendjähriger Bande der Geschichte und Kultur zu zwingen, ist an der bewundernswerten Widerstandskraft der Bevölkerung und an ihrem unerlöschlichen deutschen Fühlen und Denken gescheitert.

Die Pfalz ist deutsch, Kerndeutsch, und will es auch bleiben!

Mit besonders herzlichem Mitgefühl gedenken wir in dieser Stunde unserer Brüder und Schwestern, die fremder Gewalt und Niedertracht entarteter Volksgenossen zum Opfer gefallen sind. Hunderte sind der Freiheit beraubt worden und noch jetzt im Kerker und viele Tausende sind unter der Separatistenherrschaft aus der pfälzischen Heimat verbannt worden.

Ich kann auch hier nur von neuem betonen, daß die Reichsregierung, wie bisher, auch ferner alles, was in ihren Kräften liegt tun wird, um das Los dieser Opfer der Gewalt zu lindern, um den Gefangenen Freiheit und Heimat wiedergzugeben, um zu helfen, wo geholfen werden kann. Die Reichsregierung wird auch alles daran setzen, um der Bevölkerung der Pfalz Lebensbedingungen wieder zu erringen, wie sie Menschenrechte und Menschenwürde gebieten. Die deutsche Regierung wird alles tun, um der Welt den Beweis zu erbringen, daß es sich nicht um eine Besatzungsbewegung der Bevölkerung der Pfalz handelt, sondern um den Versuch, mit unläuterer und zum größten Teil gekauften Subjekten einen deutschen Volkstamm gegen seinen Willen im Gegensatz zu seiner Heimat und dem Volksganzen zu bringen. Ohne fremde Hilfe und bewaffnete Unterstützung gibt es keinen Separatismus und keine Separatisten. Gibt es ein Volksgewissen, dann müssen unsere Bemühungen um Erlangung menschenwürdiger Verhältnisse in der Pfalz und der Wiederherstellung der Rechte der pfälzischen Bevölkerung zum Erfolge führen.

So welt die deutsche Geschichte reicht, ist der Rhein umfänglich obgleich kein Zweifel bestehen kann, daß das Stromgebiet des Rheins und seine Bevölkerung nach Geschichte und Lebensart urdeutsch und nur deutsch sind. Hier am Rhein wurzelt fest unser Nationalbewußtsein; solange das deutsche Volk lebt und atmet, wird es ausstehen im Kampfe um den deutschen Rhein! Befehle werden wie diesen Kampf aber nur, wenn wir in Opfermut und Opferwillen in allen großen Fragen unseres Volkes in Gemeinschaft und Treue zusammenstehen.

So soll der heutige Abend unseren Mitbürgern aus der Pfalz und dem Rhein die Gewißheit geben, daß ungeachtet verschiedener politischer Meinungen, das ganze deutsche Volk mit ihnen steht, zu ihnen steht und entschlossen ist, ihnen zu helfen. Möge dieser Geist der Schicksalsgemeinschaft und des Zusammenstehens Weisheit und Mahnung für alle Deutschen und für alle Tage sein, möge er für seine Zukunft das Besten sein, in dem Recht und Freiheit liegen!

Nach dem Reichspräsidenten sprach der bayerische Ministerpräsident v. Anillings der zunächst die Grenz- und Schiedsrichterschilderte, unter denen die Pfälzer zu leiden hatten, und der sodann zum Ausdruck brachte, daß Bayern auf seine pfälzer Bundesleute stolz sei. Auch die Pfälzer Presse habe mit unerlöschlichem Mut die deutsche Sache durchgefochten; noch aber sei der Kampf nicht entschieden.

Hofles der Minister für die besetzten Gebiete, versprach dann, seine Bemühungen um die Bevölkerung der besetzten Gebiete noch mehr als bisher zu verstärken. 140 000 Deutsche seien ausgewiesen, 1500 km² Gebiete noch immer in den Gefängnissen. Aber alle Mittel

den Franzosen, durch Gewalt die Pfälzer an ihrem Deutschtum irre zu machen, sind vergebens angewendet worden. Der Minister schloß mit folgenden Worten: „Ich lehne den Tag herbei, der unseren Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr, in Baden und in der Pfalz die Befreiung von Seiden und Bedrückungen bringt und ihnen Ordnung und Sicherheit sowie neues Glück beschert!“

Der 6. Verhandlungstag im Hitler-Prozess.

Die gestrige Verhandlung leitete Rudendorff mit der Feststellung ein, daß er bei der Eröffnung des Grafen Bothmer nicht von dem Generalobersten Grafen Bothmer gesprochen habe. Dann gab der Angeklagte Hauptmann Köhm gegenüber Angriffen in der Presse eine Erklärung ab, der zufolge er in vollem Bewußtsein der Tragweite gegen einzelne Offiziere der Reichswehr schwere Vorwürfe erhoben habe. In einem abspreschenden Urteil über Unteroffiziere und Mannschaften habe keine Veranlassung vorgelegen.

Nachdem teils Justizrat Köhl zunächst die Vorschriften der alten königlich bayerischen Armee über den Waffengebrauch mit. Danach sei in erster Linie von der blanken Waffe Gebrauch zu machen, und erst wenn sich diese als unzulänglich erweise, zur Schußwaffe überzugehen. In dem Falle sind drei Signale abzugeben. Neben dem Signal hat die Aufforderung, auseinanderzugehen, Gar und verständlich zu erfolgen. Nach der letzten Aufforderung sei der Menge Zeit zu lassen, sich zu zerstreuen. Diese Vorschriften keinen aber im vorliegenden Falle nicht in Erinnerung gebracht oder wenigstens nicht angewendet zu sein. Ein Offizier sagte mir, die Regierungstruppen hätten wenigstens die Verpflichtung gehabt, ausgiebigen Gebrauch von Parolamentären mit weißer Flagge zu machen. Aber auch das sei unterlassen worden.

Justizrat Köhl weiß nicht weiter darauf hin, daß nach der Einstellung der Landespolizei jede Hundertschaft drei Zivilpolizei habe, die über die Dauer eines Tages, aber keine Führer usw. zu unterrichten haben. Man wüßte also gewußt haben, daß der Zug keine Anarische beabsichtige, daß Rudendorff und Hitler sich an der Spitze befänden. Außerdem befinden sich bei der Hundertschaft Tafeln mit der Aufschrift: „Halt! Wer weitergeht, wird erschossen!“ Weshalb sind diese Tafeln nicht aufgestellt worden? Nach all diesen Mittelungen ist kein Zweifel, daß das Blutvergießen am Oberrhein auf das Konto der Herren Rahr, Hoffow und Seifer fällt. Auf das Konto Rahr deswegen, weil ihm die gesamte vollziehende Gewalt übertragen war. Ich bin der Auffassung, daß die Staatsanwaltschaft, die die oberste Behörde der Welt ist, die sofortige Verhaftung der Herren Rahr, Hoffow und Seifer veranlassen müßte.

Der erste Staatsanwalt erklärte, daß ein strafrechtliches Verschulden dieser Herren nicht vorliege. Nach längeren Erörterungen über gewisse Verleumdungen schritt man zur Vernehmung des Zeugnisses.

Robert Wagner.

Der Angeklagte führte aus, wie er zu seiner politischen Einstellung gekommen sei und erzählt folgende Geschichte: Am 2. November 1918 forberte bei Valenciennes im Regiment Wagners der damalige Feldwebel Ebert im Zivilberuf sozialdemokratischer Parteisekretär, Mannschaften zur Meuterei auf und sammelte sie hinter der Front. Wagner eilt hin, man wirft ihm eine Handgranate nach, ein Mann setzt ihm das Gewehr auf die Brust. Der Leutnant Wagner schlägt sich durch bis zum Feldwebel Ebert, stellt ihn und fragt, was er treibe. - „Ich fordere zum Abbruch des Krieges auf! In Deutschland bricht in diesen Tagen die Revolution aus!“ - „Woher wissen Sie das?“ - „Das weiß ich von meinem Onkel dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Fritz Ebert!“ - (Der Reichspräsident Ebert hat übrigens dazu erklären lassen, daß dieser Feldwebel Ebert nicht sein Neffe sei und daß auch sonst keinerlei persönliche Beziehungen zwischen beiden bestehen.)

Wagner ging dann dazu über, die Stellungnahme der Reichswehr und der Infanterieschule zu den politischen Fragen zu schildern und sagte: „Wenige Tage vor dem Staatsstreich ließ Sozialist öffentlich am Schwarzen Brett der Schule die Mitteilung anschlagen, daß die Zeit der Rehabilitation der schwarzweissen Kofarde unmittelbar bevorstehe. Selbstverständlich jubelte die Infanterieschule dem Umsturz zu, nannte den General v. Hoffow einen neuen Dorn und meldete im jugendlichen Feuer ihrem Kommandeur, General von Tschadowitz, sie seien geschlossen hinter der 7. Division und ihrem Führer von Hoffow und sei zu sein bereit. Am 8. November ließ Hoffow die Schule alarmieren und den Befehl zum Abmarsch im Bürgerkrieg

Frankreich, erschien dies als die selbstverständliche Sache von der Welt. Man markierte ja zu Lissabon, und auch die Stammlisten sahen nach Wagners sicheren und präzisen Auslagen in freudiger Würdigung der Entschuldig.

Am Nachmittag erfolgte die kurze Vernehmung des Oberleutnants a. D. Hernez und des Oberamtmanns Brüd.

Die deutschen Bischöfe gegen Lubendorf.

Wie die Zel.-Union aus der Umgebung des Kardinalerzbischofs Schulte in Köln hört, wird der Heilige Stuhl in einem Motu proprio zu den Erklärungen Lubendorfs vor dem Münchner Gerichtshof Stellung nehmen. Ebenso wird der deutsche Episkopat sich mit den Behauptungen Lubendorfs befaßt und unmittelbar nach Beendigung des Münchener Prozesses, voraussichtlich in einer Bischofskonferenz in Fulda, in einem öffentlichen Hirtenbrief an die Katholiken Deutschlands den Ausführungen Lubendorfs entgegenzutreten.

Desgleichen haben sich zu einer Versammlung des Volksvereins der Katholiken Deutschlands, die im Reichstagsgebäude abgehalten wurde, der Reichskanzler Marx und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns gegen alle die dem Staate feindlich gegenüberstehen, ausgesprochen, insbesondere aber gegen die bössische Bewegung und gegen Lubendorf.

Der Eindruck in Frankreich.

Der Matin Bericht über den Eindruck des Lubendorfsverhörs meldet: Das Sympathischste bleibt die Geradsinnigkeit und Offenheit des deutschen Vorgesetzten, der für alle seine Handlungen rückhaltlos eintrat, wie auch seine Rücksichtlosigkeiten es getan haben. Die Angriffe gegen das Reich und die Entente unterschieden sich von denen seiner Mitangeklagten lediglich durch ihre Schärfe und Rücksichtslosigkeit.

Vom allertesten Standpunkt aus bliebe General Lubendorf eine ständige Gefahr für den Verfall der Vertrag, vielleicht auch die größte Gefahr für den deutschen Sozialismus. Die politischen Lage des Generals, so schließt der Matin-Bericht, sind noch nicht zu Ende.

Die „Neue Züricher Zeitung“ meldet aus Paris: Im Pariser „Journal“ werden anlässlich des Münchener Prozesses Vorkänge erwähnt, die sich in der Nacht des 8. November nach Eingang der ersten alarmierenden Telegramme aus München in Paris abgetragen haben. Das Kabinett sei noch in der Nacht zusammengesessen, und es sei auf telegraphische Weise eine Übereinstimmung über die zu ergreifenden Maßnahmen zwischen Paris und Prag und Warschau versucht worden.

Kommunistische Wählerarbeit in Thüringen.

Die Stadt Jena war am Sonntag Schauplatz von kommunistischen Demonstrationen, die nur dank der Wachsamkeit der Landespolizei in ungefährlichem Rahmen blieben, aber hinreichend bewiesen, wohin die Verhältnisse in Thüringen bei milderer Wachsamkeit wieder zu treiben drohen. Die Kommunisten gläubten in der Lage zu sein, durch einen regelrechten Aufmarschplan den vom Jungsturm angeleiteten deutschen Tag zu führen. Erfreulicherweise stehen sie auf den erforderlichen harten Widerstand.

Am Sonnabend hatte die Landespolizei in Jena den Sicherheitsdienst übernommen; drei Hundertschaften dieser Truppe waren mit mehreren Panzerautos eingesetzt worden. Während bereits am Sonnabend alle ankommenden Reisenden auf Waffen untersucht wurden, wurde am Sonntag die Stadt in weitestem Maße polizeilich gesichert. Patrouillen-

autos durchzuführen in rascher Folge die gefährdeten Teile der Stadt Jena. Die beiden kommunistischen Landtagsabgeordneten Zimmermann und Schulz wurden festgenommen, als sie dabei waren, den kommunistischen Aufmarschplan zu organisieren. Nach protokolllarischer Vernehmung wurden sie wieder entlassen.

Trotz der geschickten Taktik der Polizei gelang es den Kommunisten, sich am Nachmittag auf dem Landratsberg zu sammeln. Die Polizei bekam zu spät Nachricht und konnte so nicht verhindern, daß die Kommunisten bis in das Stadtimere vorstießen. Durch den Angriff der Polizeibeamten wobei der Gymnastikpöbel in Anwendung kam, brach der kommunistische Ansturm rasch zusammen. Auf diese Weise konnte die Veranstaltung des Jungsturms umgestört vor sich gehen, ohne daß weitere Störungsversuche der Kommunisten unternommen wurden.

Der Polizeibericht

lautet wie folgt: „Ohne den Einsatz der Landes- und Sicherheitspolizei, die am Sonnabendabend und während der Nacht, am Sonntag restlos tätig waren, hätte der Deutsche Tag böse Folgen gehabt. Die Kommunisten, die zu Fuß und mit der Bahn während der Nacht bis zu den frühesten Morgenstunden in großen Trupps angestromt kamen, waren zum Teil bewaffnet; die Waffen wurden beschlagnahmt. Die Landespolizei nahm im Laufe des Tages weit über 200 Verhaftungen vor. Es hat sich notwendig gemacht, den ganzen Tag Polizeitruppen durch die Stadt streifen zu lassen, und oftmals mußte der Gymnastikpöbel in Anwendung gebracht werden, um die kommunistischen Ansammlungen zu sprengen. Infolge starken Aufgebots der Landes- und Sicherheitspolizei und des energischen Eingreifens derselben konnte der Jungsturm sein Festprogramm ohne jede Störung durchführen.“

Die Vorfälle in Jena müssen ohne Übertreibung aber doch als Symptome aufgefaßt werden. Sie beweisen die Verrechtigung der von so vielen Seiten vorgebrachten Bedenken, in gefährdeten Gebieten den Ausnahmezustand nicht allzuseit abzubauen. Am 1. März ist der militärische Ausnahmezustand aufgehoben worden, am 2. März wagen sich die thüringischen „Ordnungsfreunde“ schon wieder bewaffnet auf die Straße. Sachsen und Thüringen — das zeigen Sprengstoffdiebstähle, Attentate, Mordtaten wie die in Jena — bleiben vorläufig Gefahrengelbte.

Krach in der D.S.P. in Berlin.

Am Sonntag wurde in Berlin der Bezirksparteitag der Sozialdemokratischen Partei von Berlin und Teilom-Bezirk abgehalten, um die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstagswahlen vorzunehmen. Die radikale Richtung forderte als Spitzenkandidaten Crippien und Jubel, während die Richtung des Parteivorstandes bez. der Reichstagsfraktion für Heilmann und Eduard Bernstein als Spitzenkandidaten eintrat. Crippien und Jubel wurden mit 205 gegen 223 Stimmen aufgestellt. Im Anschluß hieran kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die damit endeten, daß alle Kandidaten der ehemaligen Sozialdemokratischen Partei, so Heilmann, Bernstein u. a. ihre Kandidaturen niederlegten. Vereinzelt soll bereits von einer nun ganz sicher bevorstehenden Spaltung gesprochen worden sein. Der Parteivorstandes Dittmann wurde niedergeschrien. Zu neuen Zusammenschüssen führte ein Antrag, der Bezirksrat möge gegen die Aufstellung Kubkes als Spitzenkandidat für Hannover Stellung nehmen. Nach lärmender Debatte und mehrfachen Abstimmungen wurde der Protest vom Vorstande für angenommen erklärt.

Poincares Antwort an Macdonald.

Eine echt Poincarische Äußerung!

In seinem Antwortschreiben vom 25. Februar 1924 erklärt sich Poincare für einverstanden mit den Gedanken Macdonalds, namentlich aber mit dem Wunsch des englischen Premierministers auf eine Annäherung der beiden Länder. Reparationen und Sicherungen seien die große Sorge Frankreichs. Die Engländer, die annehmen, daß Frankreich die wirtschaftliche Herbeiführung Deutschlands herbeiführen wolle, seien im Irrtum. Frankreich hege auch keine Annexionspläne. Poincare

erklärt, daß er als Präsident der Republik bereits in einem Brief vom 28. April 1919 an Wilson und Lloyd George diesen Standpunkt zum Ausdruck gebracht habe. Er hätte allerdings gewünscht, daß die Befolgung des linken Rheinufers bis zur völligen Ausführung des Friedensvertrages fortgesetzt werde. Wenn Frankreich auf Reparationen und Sicherungen bedacht sei, so wolle es es nicht engen und egoistischen Gefühlen, sondern habe die Befriedigung des allgemeinen Friedens im Auge. Poincare schreibt dann weiter: „Unter den Irrtümern, die ein Teil der englischen Meinung und gegenüber beachtet, ist zumal derjenige unverständlich, der sich auf unsere militärischen Maßnahmen bezieht. Gibt es wirklich Engländer, die annehmen, daß Frankreich gegen ihr Land brüderliche Vorkehrungen treffen könne? Unsere militärischen und Flugzeuganlagen sind ausschließlich dazu bestimmt, uns gegen die deutsche Revanche zu verteidigen. (Wir haben kein Heer, keine Flotte, keine Luftflotte, keine Luftflotte.) Wir haben die Invasion oft genug über uns ergehen lassen müssen, um und dagegen vorzubeugen. Wenn unsere Werkstätten auf unserem gesamten Boden verteilt sind, so kommt es daher, daß unsere administrative Organisation und die Bedürfnisse unserer Mobilisation es nicht ermöglichen, sie allein auf den Osten zu konzentrieren. Aber unsere Armeen und unser Flugzeugwesen sind England gegenüber ebensowenig ein Zeichen des Mißtrauens, wie die britische Luft- und Seeflotte nach unserer Meinung eine Drohung für Frankreich darstellt.“

Poincare ergeht sich dann in längeren Erklärungen über die französische Politik gegenüber der Kleinen Entente und behauptet, daß eine Annäherung zwischen Frankreich und den Staaten der Kleinen Entente zur Aufrechterhaltung des Friedens erfolgt sei, weil wirksamere Garantien für die Gewährleistung des neuen Zustandes nicht aufzutreiben wären. Diese Politik brauche England keinen Anstoß zum Mißtrauen zu geben. Poincare wiederholt dann, daß die Ruhr besetzt worden sei, um Deutschland zu Reparationszahlungen zu verpflichten.

Die Sachverständigen, so heißt es dann wörtlich weiter, werden ohne Zweifel bald ihre Berichte einleiten. Die Reparationskommission und die verbündeten Regierungen werden die Gutachten der Sachverständigen prüfen. Wir werden hierauf, wie ich hoffe, alsbald eine allgemeine Sitzung einleiten und durchsetzen, daß Deutschland auf die Regelung eingest. Ich danke Ihnen für die Mitteilung, wonach die Regelung der interalliierten Schulden im Zusammenhang mit den Reparationen aufzufassen ist; es wäre wünschenswert, daß beide Probleme gleichzeitig geregelt werden können.

Ob es sich darum handelt, das Ansehen des Völkerbundes zu verstärken oder die Wiedergutmachung der Kriegsschäden zu beschleunigen, oder den Weltfrieden zu befestigen, so bin ich wie Sie der Überzeugung, daß die Engländer um so rascher eintreten und wir um so glücklicher sein werden, als das Einberufen zwischen unseren Ländern sich mehr und mehr ausprägt. Ich bin Ihnen dankbar dafür, daß Sie das selbst so deutlich zum Ausdruck brachten. Ich kann ebenso wenig, wie Sie mir ein England und Frankreich, trennt voneinander oder sogar gleichgültig zueinander vorstellen. Nicht nur England, nicht nur Frankreich hätten für diese Meinungsverschiedenheiten zu büßen, sondern die gesamte Menschheit. Wir sind es der Zivilisation schuldig, einig zu bleiben. Solange die beiden Regierungen sich ihrer Pflicht bewußt sind, ist es unmöglich, daß wir uns nicht verständigen, sie zu erfüllen.

Eine wahre Äußerung! Die englischen Blätter wissen auch nicht recht, wie sie sich verhalten sollen. Sie kommentieren den Brief Macdonalds freundlich

und ich mit dem Kleinen. Weiß du doch den ganzen Tag fort bist wird dir's wohl gleich sein, wo du schlafst.

Wer müde ist, kann überall schlafen. Das Ziel (Wohnraum) habe ich gepußt und deine Sachen die Vetter hinausgebracht. Ich danke dir auch zum schönsten, daß du so gut bist.

„Der Dehl kann nicht die Vetter hinaus.“

Bei dieser unerwarteten Einrede machte die Freude auf ihrem Gesicht einem ratlosen Erstaunen Platz. „Ja so! Den Dehl habe ich ganz vergessen.“

„Wo hast denn dein hübschen Hühnerverstand?“

„Sag mir's, so will ich ihn holen. Freust du dich denn gar nicht, daß wir jetzt bei dir sind und ich alles so schön in Ordnung gemacht habe?“

„Wenn du einmal deinen Wandel in Ordnung hältst, dann will ich mich freuen.“ Er nahm ihr gegenüber unwillkürlich den bald herrischen, bald nachsichtigen Ton an, der ihm durch das Leben mit einem Inzurenunnaufhängen zur Gewohnheit geworden war.

Während er zu den kalten Erdäpfeln ein Stück Brot aus der Vordertasche nahm, drachte Agathe ihrem Mann das Horn.

„Was uns noch eins,“ dat sie, „dort, auf dem Heiden, wo die Blumen sind.“

Er erstieg ihn müde, und der fetterliche Schwelgerpaß Klang durch die Abendstille. Auf den Bleibern brannte die Dämmerung, jedes schmale Strohband leuchtete und flammte. Die eine düsterröte Fadel war der Dorfstein langsam, langsam erbleichend. Dann sank das Tal in die Schleiher der Nacht. Nur die Leina gab noch das Nachschimmern des Schnees zurück, und Helndar lautlos stoben die langen weichen Wellentämme des Nebels jenseits des Tales in das Grau hinab. Als der letzte Schein erloschen, war es, als berührte ein Todeshauch die Berge. Die Pyramide des Dorfsteins war ganz nahe gerückt, grau, eckig und feindlich. Ein Schauer überließ die junge Frau. Sie stand seit Jahren ganz erregt im Schatten der Tür.

Die rote Wand.

Schweizer Roman von Nelly Zwidly.

Amerikan. Copyright 1923 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.

(8. Fortsetzung.)

3. Kapitel.

Der Musikant zog mit den Seinigen auf der Sonnega ein. Nur einsteigen; denn es war ihm sehr unheimlich. Mathes hatte kein „Willkommen über die Tür“ geschickt. Er war an der Arbeit im Steinbruch, als sie kamen, nur Daniel flohte den Gästen entgegen, so daß sich die kleine Sara entsetzt hinter der Mutter verbarg.

In ihrer kindlichen Harmlosigkeit schob diese das Eigentum des Bruders unbedenklich beiseite und nahm den Raum für sich und die Kinder in Besitz. Er mußte ja staunen, wie viel schöner es jetzt war, nachdem sie stundenlang gelehrt und geschuert hatte. Als er aber endlich heimkam, sahen Wendels behaglich ruhend auf der Bank neben der Haustür und blühten ihm guter Dinge entgegen. Sorell war aus der Kammer entwichen und tanzte in einem kurzen Unterröckchen aus buntem gestreiftem Gattinchen um den herrlichen Bräutigam her auf schmalen bloßen Füßchen. Mit entzückten Blicken sah ihr die Mutter zu, sie hatte ihre Hand in die Wendels gelegt; sie war überglücklich.

„Siehst du nun, daß er Wort hält?“ rief sie dem Bruder entgegen, „den ganzen Abend lang bleibt er bei uns.“

Erwartungsvoll sah Wendel in das strenge Gesicht des Schwogers.

Mathes achtete seiner nicht. „Hast du noch etwas zu Nacht behalten?“ fragte er die Schwägerin.

„Ja, freilich. Ich habe meine Geizen gemolken, du hast noch Kaffee und Erdäpfel auf dem Herd.“

Sie eilte vor ihm her ins Haus, er mußte ihr zuerst in die kleinen Kammern folgen, wo sie alles so schön hergerichtet hatte. „Sieh, da haben alle Platz, da das Sorell und Wuggel, da der Wuggel, da der Wendel“

Lehrer... gen... beste... dabei... richte... rebu... ständ... sehr... bliche... des d... bige... ungu... dem... deut... ständ... Sch... the... sich... sowei... gerin... ten... Indu... werde... Einst... schen... wie f... diese... bliche... Krebi... sie w... werde... fuhr... schaffe... mite... nister... Marl... Bern... bedarf... Ugentu... riken... bewaffn... der h... beacht... Volk h... schaft... den F... Frauen... Bruar... rungen... verfaßt... sich un... mentst... konnter... Provin... föhliche... 10. Au... Diese... hebung... stantse... lich w... Die U... De... Sonnt... Entschl... mehrsch... der Re... kann... Lage a... De... Groß... sozialist... Refolut... fraktion... der wie... kratig... 850 Ges... (Sprache... Reichs... De... Sozial... hin ist... täten a... haben... dem ra... nungst... wahrbe... rlan... beiter... Et... bester... lichte... die bur... Die D... Entschl... sterrung...

lassen aber wenigstens im Konjunkturfalle, ob dieser Wechsel im Besonderen ist, die vorhandenen Verhältnisse zwischen den beiden Ländern zu haben. Ganz unverständlich sei, daß die Schweiz nach Abschluß der schweizerischen Verhandlungen in den Hauptpunkten ebenfalls unannehmliche Schritte zu tun.

Aussichten.

Ein Berichterstatter der „Schweizer Neuesten Nachrichten“ hatte in Paris eine anderthalbstündige Unterredung mit einem Mitgliede eines der beiden Sachverständigenausschüsse. Dieser Sachverständige äußerte sich sehr vertrauensvoll über die Resultate der Sachverständigenarbeiten. Die einschlägigen französischen Finanzen- und Wirtschaftskreise seien anscheinend des bisherigen Zustandes müde und wünschten eine baldige Lösung der Reparationsfrage.

Die Aussichten für eine Anleihe seien ebenfalls nicht ungünstig. Allerdings dürfte eine Anleihe kaum vor dem Herbst ausgeführt werden.

Die Stabilisierung bis zur Schaffung der neuen deutschen Währung sehr bald, erscheint den Sachverständigen als eine ihrer Hauptaufgaben, weshalb sie dem Sachverständigenplan auf Gründung einer Goldkreditbank ihre Zustimmung gaben. Die Sachverständigen machen sich keine Illusionen darüber, daß ausländische Devisen, soweit sie Deutschen gehören, zu diesem Zwecke nur in geringem Umfange nach Deutschland zurückfließen dürften. Aber sie haben die Gewißheit, daß der deutschen Industrie zum ersten Mal auswärtige Kredite ausfließen werden. Freilich wird es sich vorläufig nur um eine eingeschränkte Kreditsumme handeln, und in mancher Hinsicht wird auch weiterhin die Drosselung der deutschen industriellen Tätigkeit fortgesetzt werden müssen wie sie in den letzten Monaten notwendig geworden war. Diese Drosselung muß fortgesetzt werden, damit die Stabilisierung der Rentenmark fortbauern kann. Aber selbst Kredite in der Höhe von 100 Millionen Goldmark, wie sie wenigstens für die Goldkreditbank zu erwarten sind, werden der deutschen Industrie und der deutschen Ausfuhr eine gewisse Atmungs- und Bewegungsfreiheit verschaffen.

Bräutigam von Silbergeld. Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf eines Gesetzes, das den Reichsfinanzminister ermächtigt, Reichsbanknoten über 1, 2, 3 und 5 Mark herzustellen zu lassen. Der Gesamtbeitrag der neuen Silbermarken soll bis auf weiteres 5 Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Serbien und Bulgarien. Die bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Die Belgrader Nachrichten von einer angeblichen an der jugoslawischen Grenze erfolgten Konzentration bewaffneter Banden in Stärke von 20 000 Mann, die von der bulgarischen Regierung unterstellt, Serbien anzugreifen beabsichtigen, entbehrt jeder Begründung. Das bulgarische Volk hat den aufrichtigen Wunsch, im Frieden an seiner wirtschaftlichen Erholung zu arbeiten, seine Verpflichtungen aus den Friedensverträgen zu erfüllen und dadurch das Vertrauen der ganzen zivilisierten Welt zu gewinnen.

Von Stadt und Land.

Mittw., 3. März

Der Abbau des Ausnahmezustandes.

Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 29. Februar 1924 verschiedene noch in Kraft befindliche Verordnungen, die früher auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden waren, aufgehoben. Es handelt sich um die Verordnung vom 29. Juni 1922, wonach Reichsmenschenfeiern und ähnliche Veranstaltungen verboten werden konnten, um die Verordnung vom 4. Juli 1922, die für die Provinzen Nieder- und Obersachsen Beschränkungen der persönlichen Freiheit aufhob, endlich um die Verordnung vom 10. August 1923 über das Verbot periodischer Druckschriften. Diese Verordnungen sind durch die Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 29. Februar 1924 inhaltlich überholt.

Die Verwirrung in der sächsischen Sozialdemokratie.

Der Bezirk Glauchau-Meerane der SPD. hielt am Sonntag seine Kreisgeneralversammlung ab. Es wurde eine Entschlüsselung angenommen, die im Sinne der Reichstagsmehrheit lautet und zur sächsischen Frage erklärt, daß darüber der Reichsparteitag zu entscheiden hat. Es dürfte nicht verkannt werden, daß die 25 Genossen der Fraktion in schwerer Lage gehandelt haben.

Demgegenüber ergab die Delegiertenversammlung von Groß-Dresden die völlige Umstellung des früher mehrheitssozialistischen Bezirks in einen unabhängigen. Es wurden Resolutionen angenommen, die die Politik der Reichstagsfraktion und der Landtagsfraktion für verfehlt halten und in der wieder schärfster Klassenkampf zur Grundlage sozialdemokratischer Politik gefordert wird. Die Entschlüsselung fand mit 85 gegen 85 Stimmen der Delegierten Annahme. Dementsprechend wurden auch nur radikale Kandidaten für den Reichsparteitag und zu den Reichstagswahlen aufgestellt.

Verwirrung in Berlin, Verwirrung in Sachsen unter der Sozialdemokratie. So bedauerlich es nach der einen Seite hin ist, daß Leute wie Bernstein, vor deren geistigen Qualitäten auch der Gegner Achtung haben muß, so wenig Anhang haben, so gut ist es nach der anderen Seite hin, daß zwischen dem radikalen Flügel und den Gemäßigten ein scharfer Trennungstich gezogen wird. Im ganzen genommen aber bewahrt sich das, was das in seinem Artikel in den „Korrespondenzblättern“ zum Ausdruck bringt (vergl. den Aufsatz: „Arbeiter und Kriegsfolgen“).

Tagung der sächsischen Hausbesitzer in Chemnitz.

Ein außerordentlicher Verbandstag der sächsischen Hausbesitzervereine, von über 8000 Hausbesitzern besucht, beschäftigte sich in Chemnitz mit Fragen der Wohnungswirtschaft, die durch die 3. Steuernotverordnung so stark beeinflußt wird. Die Hauptversammlung am Sonntag nahm zunächst mit Entschiedenheit Kenntnis von der Haltung der sächsischen Regierung gegenüber der Tagung. Das Justizministerium hatte

auf Einladung zur Tagung erklärt, daß ihm die Entsendung eines Vertreters unmöglich sei. Das Reichsjustiz-, Innen- und Finanzministerium ließen die Einladung überhaupt unbeantwortet. Eine einstimmig angenommene Protesttagung auf Antrag des Stadtrates Schöke-Beipola besaß u. a.: Die sächsischen Hausbesitzer sind empört über die Stellungnahme des Justizministeriums bei den früheren und letzten Mietfestsetzungen. Sie fordern von der Landesregierung, daß sie das Justizministerium anhölt, den berechtigten Belangen der Hausbesitzer bei den Mietfestsetzungen Rechnung zu tragen und den jetzigen Referenten durch einen Herrn zu ersetzen, der die Wohnungswirtschaft zu beurteilen versteht.

Den ersten Vortrag hielt Baumeister Großmann-Dresden über die Auswirkungen der Zwangswirtschaft auf den Bau- und Wohnungsmarkt. Er bezeichnete die Wohnungsnote als Auswirkung der Wohnungswirtschaft. Die Anwendung des Reichsmietengesetzes und des Mieterschutzgesetzes hätten den derzeitigen Hausbesitzern ein Wohnprivileg geschaffen, das unsere Wohnungslosen und den Nachwuchs entrechtet und ins Ausland treibt. Der Produktionsprozeß für neue Wohnungen sei durch die Zwangswirtschaft gestört. Die neue Bautätigkeit könne solange nicht ausfallen, wie die Miete für die alten Wohnungen gerade die Wirtschaftskosten deckt ohne Vergütung des angelegten Kapitals. Als Voraussetzung für eine gesunde Wohnungswirtschaft forderte der Redner, daß die Miete stufenweise bis 1. April 1925 auf Vorkriegshöhe gebracht wird und daß die Besteuerung eines Teiles des in der Miete für die Vergütung enthaltenen Betrags unterbleibe. Eine Mietsteuer im Sinne der 3. Steuernotverordnung lehnte der Redner entschieden ab. Endlich forderte er restlose Beseitigung der Zwangswirtschaft.

Sodann sprach Syndikus Dr. Dumjahn-Dresden über Hypothekenaufwertung. Er forderte sofortige Bisheranahme einer sich stufenweise erhöhenden Goldverzinsung. Die gefällige Aufwertung begründete der Redner als Vorzeichen einer besseren Zukunft.

Endlich sprach Direktor Kiermann-Beipola über Neuregelung des Mietzinses. Die Ausführungsverordnungen Sachsentz widersprechen direkt dem Reichsmietengesetz, da der Hausbesitzer aus seiner Kasse Zuschüsse leisten müsse, die ihn ruinieren. Der Redner stellte bezüglich der neuen Mietpreisbildung nach der 3. Steuernotverordnung folgende Forderungen:

Die Miete muß unbedingt alle Lasten der Häuser decken und dem Eigentümer angemessenes Entgelt für sein Kapital und seine Müheverrichtung geben. Das im Verhältnis zur Friedensmiete weit höheren Ansprüche für Instandsetzungsarbeiten sind entsprechend zu berücksichtigen. Die jeweilige neuaufgebesserte Miete wird lediglich in dem gesamten Prozentsatz der Friedensmiete bekannt gemacht und steht dem Vermieter zur alleinigen Verfügung. Bei gemeinschaftlichen Räumen sind Zuschläge zur Miete gestaffelt mit 25 bis 75 Proz. Zuschlag der jeweiligen Miete festzusetzen. Die Mieten müssen bis 1. April 1925 die Höhe erreichen, daß die Bautätigkeit die Freilagigkeit wieder herstellen kann. Als dringlichste Forderung bezeichnete der Redner die sofortige Aufhebung des Reichsmietengesetzes.

Weiße des Leipziger Senders.

Sonntag nachmittag fand im Wehant die Weiße des Leipziger Senders statt. Im Auftrag der Mitteldeutschen Rundfunk-Ges. Leipzig begrüßte Dr. Otto, der Vorsitzende des Ausschusses der Gesellschaft, die Erschienenen. Nach den Vorschriften der Reichsregierung habe der Sender dem Unterhaltungsgrundfunk zu dienen, die Gesellschaft werde sich aber bemühen, nicht nur Unterhaltung, sondern auch Höheres zu bieten. Der Radiodienst müsse ein Kulturfaktor werden, auf künstlerischem, wissenschaftlichem und geistigem Gebiete. Da der Sender nicht nur den Freistaat Sachsen, sondern auch den Freistaat Thüringen und einen großen Teil der Provinz Sachsen betreibe, erwarte Leipzig eine besondere Verpflichtung. Man werde die schwere Aufgabe in Zusammenarbeit mit anderen Kulturzentren, wie Dresden, Halle, Weimar und Jena zu lösen versuchen. Die Verhandlungen in dieser Richtung sind bereits im Gange. Daraus dankte Dr. Haeger namens der Mitteldeutschen Rundfunk-Ges. Leipzig und der Radiovereinigung Leipzig allen Mitarbeitern am Werk. Der Präsident der Oberpostdirektion Leipzig, Krug, verlas ein Glückwunschtelegramm des Reichspostministers Dr. Doelle, und gab seinerseits die Versicherung ab, daß die D. V. D. alles zur Förderung des neuen Unternehmens tun werde, was zu tun möglich sei. Oberbürgermeister Dr. Kothe dankte der D. V. D., daß sie sich bei der großen Konkurrenz demütigt habe, den Sender nach Leipzig zu bekommen. Schließlich sprach ein Vertreter der Radio-Industrie, der erklärte, daß die 1. malige Ausstellung infolge der Kürze der Zeit nicht die Vollkommenheit aufweise, die man vielleicht erwarten habe, daß man aber im Herbst mit einer großen Radio-Weltausstellung rechnen werde.

Am dem im Wehant aufgestellten Sendeparat ergriff zunächst der Präsident der Oberpostdirektion, Krug, das Wort und gab folgenden Hinweis weiter: „Leipzig als alte Messe- und Buchhändlerstadt hat von sich aus zur Hebung des gesamten Postverkehrs beigetragen, daß es dem Reichspostministerium eine besondere Freude ist, diesmal Leipzig mit der Glorie des Mitteldeutschen Rundfunksenders ehren zu können. Das Reichspostministerium ist aber auch der Überzeugung, daß es damit zugleich dem gesamten Interesse des mitteldeutschen Bezirkes am besten dienlich ist.“

Oberbürgermeister Dr. Kothe gab folgenden Spruch durch: „Ich freue mich als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, den Mitteldeutschen Rundfunksender für die Stadt in Obhut nehmen zu können. Es freut mich, daß vermöge der neuesten Technik die in dem Bereich des Senders liegenden Städte und Ortschaften auf diesem dringlichen Wege in noch enger Beziehung treten können, als es durch den bisherigen Stand möglich war.“

Ein Vertreter der sächsischen Regierung gab folgende Erklärung weiter: Wenn ich als Vertreter der sächsischen Regierung den Mitteldeutschen Rundfunksender in Leipzig bei seiner Inbetriebsetzung das Geleitwort gebe, so tue ich es in dem Bewußtsein, daß ganz Mitteldeutschland sowohl in geistiger wie in wirtschaftlicher Beziehung ein einheitliches Ganzes bildet. Damit erwacht der Mitteldeutschen Rundfunk-Gesellschaft die Pflicht, diese engen Interessen in jeder Weise zu fördern und zu pflegen, und ich glaube, daß sie diesen Erwartungen auch voll entsprechen wird. Die sächsische Regierung begrüßt außerordentlich, daß hier ein neues Verbindungsstück zwischen Sachsen und den angrenzenden Gebieten geschaffen wurde.

Selbst kann der Sender nach nicht in Chemnitz ankommen werden. Man hofft aber, die sächsischen Sachverständigen nach Abschluß der Besprechungen zu können.

Neue Lohnforderungen für die Arbeiter. Die Arbeiter der Deutschen Textilindustrieverband neue Lohnforderungen unterbreitet worden. Es werden gefordert für Arbeiter in der Spitze 70, für Arbeiterinnen 85 Pf. Stundenlohn. Die Verhandlungen sollen diese Woche stattfinden. Zur Beratung kommt dabei auch der gebildete Marktanteil.

Wohlfahrt in Wies am 3. März 1924. Amliche Preisnotierungen:

Ochsen, vollfleischige ausgewästete höchsten Schlachtwertes bis zu 6 Jahren	0.45 Mt.
Ochsen, junge fleischige nicht ausgewästete	0.38
Ochsen, mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	0.30
Ochsen, gering genährte	0.27
Bullen, vollfleischige jüngere	0.38
Bullen, mäßig genährte jüngere u. gut genährte ältere	0.35
Rühe und Kalben, vollfleischige ausgewästete höchsten Schlachtwertes	0.40
Rühe, vollständig ausgewästete höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	0.35
Rühe, ältere ausgewästete, und Rühe und Kalben, jüngere gut entwickelte	0.28
Rühe, gut genährte, und Kalben, mäßig genährte	—
Schafe, Mastlamm und jüngere Mastlamm	0.60
Schafe, ältere Mastlamm	0.50
Schweine, vollfleischige der feineren Rasse und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/4 Jahr	0.75
Ferkelschweine	0.80
Schweine, fleischig	0.70

Geschäftsgang: langsam. Die Preise sind Marktpreise. Die Stallpreise sind nach den Richtlinien der Landespreisprüfstelle für Rinder 20 Prozent, für Kühe und Schafe 15 Prozent und für Schweine 18 Prozent niedriger.

Für Fernsprechnachrichten, die abhauen. Nach einer Verfügung der Reichspostverwaltung werden allen Fernsprechnachrichtlern, die infolge der Geldentwertung im Oktober, November und Dezember ihren Anschluß kündigten, bei Wiederanmeldung des Anschlusses die Kosten erlassen.

Kugeltuberkulose. Man schreibt uns: August Ludwig ist ein weit über Thüringens Grenzen hinaus bekannter Dichter. Seine Schnurren und Gedichte sind seine neueste Schrift „Wie die Alten sangen...“ erfreuen sich immer größerer Beliebtheit. Ludwig's Stärke ist sein wahrer, goldener Humor. Er wird Donnerstagabend vorwiegend geliebt aus seinen Schriften zum Besten geben.

Sonnenfinsternis am Mittwoch. In den Nachmittagsstunden des 5. März findet eine partielle Sonnenfinsternis statt. Der größte Wert der Verfinsternung der Sonne durch den Mond beträgt 0,88 ihres Durchmesser. Die Finsternis ist für unsere Gegend unsichtbar und kann nur auf der südlichen Halbkugel beobachtet werden (da der Einfluß der Entfernung Sonne-Mond zur Basis Sonne-Erde den Wert 0 nicht erreicht).

Sonnenausgang am 5. März 6.40, Sonnenaufgang 6.45, Mondaufgang 6.40 früh, Monduntergang 6.57 nachm., 6 Uhr nachm. Neumond; 2.65 nachm. bis 6.55 abends partielle Sonnenfinsternis, bei uns unsichtbar.

Haute. Inauguralfeier der Lotterieverlosung. Die Gemeindevorordneten nahmen das Ortsgesetz über die unentgeltliche Lotterieverlosung ab 1. Januar d. J. mit einigen Änderungen an, ebenso das Ortsgesetz über die Erhebung einer Feuerstempelsteuer in Höhe der Ausgaben für das Feuerlöschwesen umgelegt nach den Einheiten der Landesbrandversicherung. Der Aufschlag für die Gewerbesteuer auf 1923 wurde auf 125 v. D. festgesetzt.

Schwarzberg. Vortrag über Obstbau. Über den Anbau von Obst und Beerenfrüchten in den höheren Gebirgslagen, Sortenwahl, Pflege und Düngung der Obstbäume und Beerensträucher wird Obstbau-Ingenieur Lindenberg aus Auerbach am Sonntag, den 3. März nachm. 8 Uhr im Rathenau-Saal in Schwarzberg-Wildenaue einen öffentlichen Vortrag halten. Freunde des Obst- und Gartenbaus, auch Frauen, sind dazu eingeladen.

Ringelblum. Der Hund als Lebensretter. In einem Hause in Unterlingenthal brach nachts ein Stubenbrand aus. Ein kleiner Hund weckte durch fortgesetztes Bellen und Winseln die im ersten Stock schlafenden Hausbewohner und rettete ihnen das Leben, denn das ganze Haus war bereits mit Rauch angefüllt und die Dielen glimmten.

Letzte Drahtnachrichten.

aus Straßburg.

Nach den bekannten Vorgängen bei dem Gebäude des Reichskriegsministeriums in Straßburg sind 25 Separatisten im Polizeigebäude untergebracht worden, die auf Befehl des französischen Reichsbelegten von der Stadt mit Selbstmord und Schwere verurteilt und bestraft werden müssen. Dieses sind 10 von diesen Separatisten mit unbekanntem Bestimmungsort abtransportiert worden. Im südlichen Anwesenhaus lag ein deutscher politischer Gefangener von dem Franzosen bewacht wird, müssen die dort untergebrachten verwundeten Separatisten von einem deutschen Soldaten, in dessen Begleitung ein französischer Soldat befindet, geschützt werden. Im den Nacht vom 27. Februar überließ der deutsche Soldatmann Leinhard einen französischen Gefangenen eine deutsche Wundsalbe. Es konnte sich inzwischen und in das Zimmer des Soldatenmanns flüchten. Der Franzose wurde am nächsten Tage von der Besatzungsmacht festgenommen.

Geist von Straßburg wieder demokratisches Reichstagsabgeordneter.

Der Reichstagspartei der deutsch-demokratischen Partei für Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen hat als ersten Kandidaten für die Reichstagswahlen den Reichstagsabgeordneten Dr. Geisler von Straßburg vorgeschlagen.

Ein Krebschaden des deutschen Volkes.

Wollt aber ihre unmittelbare politische Bedeutung hinaus müssen die erheblichen Wahlerfolge der extremen Parteien, namentlich der Kommunisten, in Thüringen und jetzt in Mecklenburg tiefe Besorgnisse erregen. Sind sie doch ein Symptom dafür, daß breite Schichten des Volkes in ihrem politischen Denken noch so wenig fortgeschritten sind, daß sie einer unpolitischen Ungleichheit und Verdrößerung nicht anders glauben Luft machen zu können, als dadurch, daß sie den gewalttätigen Feinden unserer ganzen Kultur und Gesellschaftsordnung nur Macht verheissen.

Von den Wählern der Deutschvölkischen und Kommunisten wollen im Grunde ihres Herzens sicherlich nicht fünfzig Prozent eine Diktatur oder ein sowjetrussisches Rätesystem in Deutschland aufrichten, sie wissen es eigentlich ganz genau, daß ein völliger Sieg der von ihnen gewählten Partei nicht nur die Lebensfähigkeit des Staates, sondern die Grundlage ihrer eigenen bürgerlichen Existenz vernichten müßte. Aber aus jenem Mangel an Verantwortungsgefühl heraus, der die stärkste Schwachseite des eigentlich unpolitischen deutschen Menschen bedeutet, glauben sie ein System, welches ihnen nicht paßt, am empfindlichsten zu treffen, wenn sie den Gegner unterstützen, dessen ganze Ideenwelt doch ein so undeutsches Bewußtsein ist, daß ihre Verwirklichung eben nur in Rußland oder Italien möglich bleibt.

Es ist aus diesen Erfolgen zunächst die Lehre zu ziehen, die man freilich schon vorher hätte beherzigen können, daß staatliche Zwangsmittel und Parteiverbote zur Unterdrückung ungewünschter Richtungen meist herzlich wenig nützen. Dann aber darf nicht verkannt werden, daß der Rechtsradikalismus teilweise durch ein starkes, wenn auch gänzlich mißleitetes Nationalgefühl gefördert wurde, das sich im Rahmen der alten Parteien nicht genug anerkannt sah und seinen Rahmen für eine fruchtbarere Betätigung finden konnte. Was den Kommunismus anlangt, so spielt bei seinen Erfolgen der Eifer vieler Wähler gegen den oft so leer klappernden Mechanismus der Parteibürokratie und des parlamentarischen Betriebs nicht die kleinste Rolle. Auch Erziehungsmäßig

fehler des Sozialdemokratis in der politischen Schulung der Massen und ihre Konzeptionen an die radikale Methode dürfen nicht übersehen werden. Der Hauptgrund liegt aber doch wohl darin, daß Sozialdemokratie und bürgerliche Parteien gerade in der verflochtenen Schwere der Inflation alle Aufrechterhaltung sozialer Verantwortungsgefühl und jene Opferbereitschaft vermissen ließen, die auch in dem geringsten Vorkriegsstaat das Bewußtsein hätte erwecken müssen, daß es eine gemeinsame Not gab, in der jeder Deutsche für den anderen eintrat und zu seinem Teil die allgemeinen Lasten tragen half. Noch immer ist bei allem Druck und aller Erziehungsmäßig, die Deutschlands Feinde uns leisten, das große Ziel nicht erreicht: daß aus dem vielfältigen Durcheinander von sozialen Klassen und Einzelindividuen, in denen jeder mit rücksichtslosem Egoismus sein eigenes privates Interesse verfolgt, ein Gemeinschaftsgebilde Leben gewinnt, der Klassen und Einzelpersonen zur Hingabe an Staat und Volk einigt. Was wir bis jetzt sahen, war die natürliche Folgeerscheinung eines brutalen und rücksichtslosen Kampfes ums Dasein, in dem mit allen Mitteln der Politik und der Organisation jede wirtschaftliche und soziale Schicht der anderen voranzukommen suchte, um nicht in dem allgemeinen Chaos unterzugehen.

Ein trostloses Schauspiel, welches auch edlere Völker bisweilen an jeder Zukunftslosigkeit ihres nationalen Gedankens konnte verweisen lassen! Nur wenn unsere Politiker nicht müde werden, auf der Wache zu stehen gegen jene unheilvollen Einflüsse, die an der Peripherie unserer bürgerlichen Ordnung arbeiten, und wenn sie viel mehr als bisher Fraktionsinteresse und wirtschaftliche Sonderziele dem deutschen Befreiungsgedanken unterordnen, wird es möglich sein, den Radikalismus einzudämmen und zu einer Politik der Volksgemeinschaft zu kommen.

Neues aus aller Welt.

Wiederholung des Kampfes Samson Körner—Breitenkreiter? Aus einem Schreiben, das der Manager von Samson Körner an das „Acht-Uhr-Abendblatt“ gerichtet hat, geht hervor, daß sich der Verband deutscher Fraktionäre bereits am 1. März offiziell mit dem vom Manager Breitenkreiters eingelegten Protest befaßt hat, und daß dem Vernehmen nach

die Abwägung der Majorität hat fortzubringen und der für diesen Kampf gewählten Funktionäre sich dahingehend geäußert haben, dem Protest als begründet festzugeben. Die endgültige Entscheidung wird aber vorläufig noch zurückgestellt, um eine weitere Anzahl von Gutachten von anderen Gewerkschaften zu hören.

Bewaffnete Kommunisten verhaftet. Es gelang der Stuttgarter Polizei, mehrere Personen, die der KPD angehören, zu verhaften. Diese waren stark bewaffnet und mit falschen Pässen versehen, mit Kraftwagen von auswärts hierher gekommen. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Polen verpfändet Staatsforsten an Frankreich. Die polnische Regierung hat einen Gesandtschaftsbesuch in Frankreich, der sie ermächtigen soll, die Staatsforsten der Thorer Forstverwaltung an Frankreich zu verpfänden als Sicherheit für die im Dezember bewilligten 400 Millionen Francs Militärkredit.

In der Textilindustrie des Ruhrgebiets ist von allen Gewerkschaften der Generalstreik proklamiert worden, nachdem die Arbeiter die 34prozentige Zulage für die Arbeitslosigkeit abgelehnt haben.

Eisenbahnunglück auf einem Berliner Bahnhof. Auf dem Bahnhof St. Lazare ist es infolge falscher Weichenstellung zu einem Eisenbahnunglück gekommen, bei dem zwei Personen den Tod gefunden haben und 21 verletzt wurden.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Seemann. Druck u. Verl.: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Am...

Bitte verlangen Sie nur „Rüchenlob“-Margarine zu haben in allen größeren Lebensmittelgeschäften.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren Entschlafenen, des Privatmannes **Gottlieb Friedrich Wilhelm Rockstroh** drängt es uns, allen denen herzlich Dank zu sagen, die unserem Verstorbenen die letzten Ehrungen erwiesen haben und uns in so reichem Maße die Beweise der Liebe und Anteilnahme erbrachten. Dir aber, lieber Entschlafener, rufen wir ein „Habe Dank“ für Deine stete Liebe und Treue und ein „Ruhe sanft“ in das stille Grab nach! Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die innige Teilnahme und reichen Blumen-spenden beim Heimgange unseres heißgeliebten unvergesslichen Sohnes **Edgars** sagen wir allen hierdurch unseren **aufrichtigsten Dank.** In unsagbarem Weh **Georg Reich und Frau** nebst Großeltern.

Sämtliche Treuhandgeschäfte für Handel und Industrie Umetellung und Führung ihrer Geschäftsbücher, laufende Nachtragung — Inventuren — Bilanzen, Steuer- und Rechtsbearbeitung, Gesuche aller Art, Uebersetzung fremder Handelskorrespondenz, Vermittlung — An- u. Verkäufe von Grundstücken u. Geschäften, Finanzierung und Umwandlungen, übernehmen zu kulantesten Bedingungen **Allgemeine Treuhand-Revisions- u. Handels-Gesellschaft** Walter Künzel, Chemnitz, Kanaletz. 23.

Prima Saat- und Speise = Kartoffeln liefert an Händler und Fabriken ladungswise nach jeder Bahn-Station. Bestellungen bis 15. nimmt noch entgegen **Max Bretschneider, Saduhelberhammer 1. Erzgeb.**

Papierabfälle, Zeitschriften, Geschäftsbücher, Lumpen kauft **S. Weigener, Mittelstraße 22** **3 junge Hunde** zu verkaufen. Oberstein, Reichstraße 85.

Fahrradgummi Mantel 3.25 prima Qual. 3.65 u. 4.— extra prima 4.25 u. 5.— Schläuche extra prima 1.20 u. 1.35 Gebirgsreifen prima 5.— extra prima 5.50 u. 5.85 **Fahrräder** billig — Antiquat gratis. Emil Levy, Hildesheim 96.

Alle Sorten **Brexitroh Aleeheu Wiesenheu Kartoffelstoden Trockenstängel Kartoffeln** liefern billig in Waggonsladungen **P. Riemann & Co., Magdeburg.** Bernspr. 5679, 7397 u. 7434 Drahtstr. „Riemannco“.

Lehrling für **Wäschezschneiderei** wird noch angenommen. Persönliche Vorstellung mit Schulzeugnis erforderlich. — Zu erfragen im Auer Tageblatt.

Möbl. Zimmer in Aue von einem Herrn **gesucht.** Angeb. unter N. Z. 857 an d. Geschft. d. Bl.

Donnerstag, den 6. März abends 8 Uhr im Saale der Oberrealschule **August Ludwig-Abend** Der Thüringer Heimatdichter liest Ernstes u. Heiteres in Hochdeutsch u. Mundart aus seinen eigen. Schriften. Kartenvorverkauf: Buchhandlung Kurt Rothe, Bahnhofstraße.

la Dänische Butter lose und $\frac{1}{2}$ Pfd.-Stücke. Für Händler und Wiederverkäufer die niedrigsten Preise. **Hilmar Gerber, Butter-, Marg.- u. Fettwaren-Großhandlg. Aue, Wettinerstraße 39.** **10000 bis 20000 G.-M.** als 1. Hypothek auf schuldenfreies größeres Hausgrundstück bei gutem Zinsfuß zu Leihen gesucht. Offerten unter N. Z. 859 an das Auer Tagebl. erbet.

Druckerlehrling stellt kommende Ostern ein **Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue 1. Erzgeb.**

SUNLICHT Die **Not und Teuerung zwingen zur Sparsamkeit.** Minderwertige Waschmittel verwenden, heißt am falschen Ende sparen. Eine vollwertige Hauswäsche ist die allbeständige **Sunlicht Seife, im Gebrauch am billigsten.** Sie ist ausgegibt, völlig rein und unbeschädlich, dabei von größter Reinigungs-kraft. Sie schonet die teuren Wäsche im höchsten Grade. **SEIFE**

Großes Zither- und Mandolinen-Konzert. Freitag, den 7. März 1924 findet im Restaurant Bürgergarten **groß. Zither- u. Mandolinen-Konzert** unter gütiger Mitwirkung des Zithervirtuos **Herrn Hans Groll, Crimmitschau,** statt. Eintritt 75 Pfg. — Vorverkauf im Zigarrengeschäft Otto Lorenz. — Anfang 8 Uhr. Um zahlreichen Besuch bittet **Vereln „Zitherkranz“, Aue.**

Dresden! Bei Offizierswitwe mit kleinem Eßzimmer in bester Lage finden **junge Damen** gebildeter Kreise auch vorübergehend angenehmen Aufenthalt. Gute Beschäftigung, Schutz, Anregung. Monatspreis etwa 115 Mark. **Frau J. M. Schulze, Zwickau, Weintraubenstraße 4.**

AGE Zigarette **3**

Druckerlehrling stellt kommende Ostern ein **Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue 1. Erzgeb.**